

land betrachten die WDI-Gruppe als ausschließlich zu ihrem Privatvermögen gehörend und lehnen schon aus diesem Grunde eine Heranziehung zur Besicherung der Kreditlinie der Landesbank ab“, heißt es in einem vertraulichen Papier der Wirtschaftsbehörde vom 21. Dezember 1992.

Im vergangenen Jahr, als die HSW wiederum Geld brauchen, bekommt die Wirtschaftsbehörde noch deutlicher zu spüren, daß sie die einst gerufenen Geister so leicht nicht wieder los wird. Zwar glauben jetzt selbst die beim Thema Filz sonst widerstandsfähigen Hamburger Sozialdemokraten nicht mehr, den Vorwürfen von Medien und Opposition gegen Parteifreund Weiland länger standhalten zu können: Der Anwalt scheidet zum Jahreswechsel 1993/94 als Geschäftsführer und Gesellschafter bei den Hamburger Stahlwerken aus und tritt wenig später auch vom Vorsitz des Haushaltsausschusses zurück.

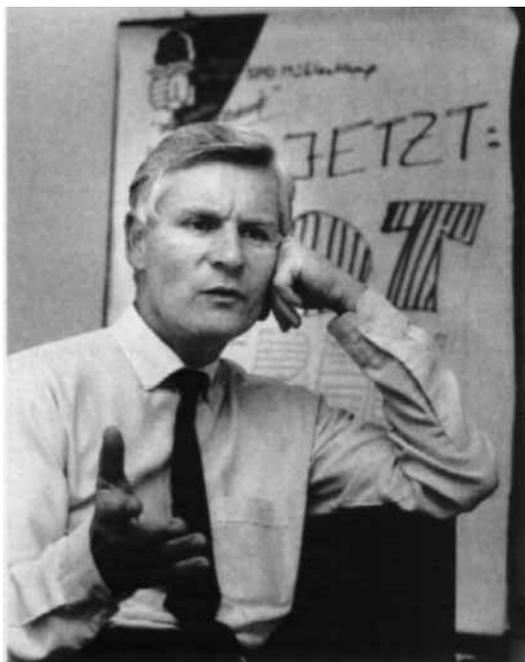
Aber im Streit ums Geld muß der Wirtschaftssenator – zunächst Hans-Jürgen Krupp von der SPD, dann nach der Wahl im vergangenen September der von der Wählervereinigung Statt Partei nominierte Erhard Rittershaus – eine Niederlage nach der anderen einstecken.

Weiland-Kompagnon Grosse hat zunächst zugestimmt, seinen Anteil an der WDI als Sacheinlage in die HSW einzubringen. Doch auf Weilands Einspruch wird daraus nichts.

Lediglich eine WDI-Tochter, die Firma WDI-Baustahl, wollen die beiden Geschäftsleute nun hergeben, zu für die HSW kostspieligen Bedingungen. Grosse und Weiland haben die Baustahl 1992 auf Pump gekauft – die Finanzierungskosten, jährlich rund 800 000 Mark, müssen nun die angeschlagenen HSW aufbringen. Der Wirtschaftssenator weist diese Weiland-Forderung zunächst entschieden zurück.

Der von Weiland erzwungene Kompromiß könnte die gesamte Stahlpolitik des Senats ins Wanken bringen. Denn mehr denn je ist danach unklar, ob die wackeligen HSW-Konstruktionen vor den Bestimmungen der Europäischen Union zu Staatssubventionen bestehen können.

Weiland und der Fall HSW sind ein Paradebeispiel für Hamburger Filzokratie. Wer den unauffälligen Brillenträger, Typ mausgrauer Bürokrat, sieht, kommt so schnell nicht auf die Idee, daß er einen der einflußreichsten Männer der Stadt vor sich hat.



Weiland-Notar Voscherau: „Honorifique Tätigkeit“

Dabei ist der Anwalt seit Jahrzehnten eine der ersten Adressen, wenn es um schöne Geschäfte geht. Auch Bremer Sozialdemokraten nahmen die Dienste des Hamburger Politikers und Rechtsexperten immer wieder gern in Anspruch. Weiland beriet die Bremer Vulkan-Werft ebenso wie die Hibeg, eine Beteiligungsholding des Landes Bremen.

Als der Hamburger Senat 1977 eine Spielbanklizenz zu vergeben hatte, vertrat Anwalt Weiland die erfolgreiche Bewerbergruppe um den Verleger John Jahr. Daß er gleichzeitig Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft war, störte den Juristen nicht. Er habe an den Beratungen und Entscheidungen des Ausschusses zur Spielbank nicht teilgenommen, beschied er Kritiker knapp.

Zu Beginn der achtziger Jahre konnte Filzokrat Weiland seine Stellung noch verbessern, als er den damaligen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten und ehemaligen Justizsenator Frank Dahrendorf in seine Kanzlei holte.

Dort war Dahrendorf unter anderem für Verträge mit der DDR-Deponie Schönberg zuständig. Er vertrat juristisch die Firma Hanseatisches Baustoff-Kontor (HBK), die westdeutschen Müll an die Skandal-Kippe vermakelte.

Als Mitte der achtziger Jahre ein Parlamentsausschuß Schlampereien bei der Hamburger Stadtreinigung untersuchte, ging es unter anderem auch um Zustandekommen und Bedingungen eines über die HBK abgeschlossenen Zehnjahresvertrags für Mülltransporte nach Schönberg. Als parlamentarischer Kontrolleur dabei: Dahrendorfs Mentor und Partner Weiland.

Beim einträchtigen Schreiten seit an Seit machte auch der jetzige Bürgermeister Henning Voscherau jahrelang mit. Der Sozialdemokrat war seit Mitte der siebziger Jahre bis zu seinem Amtsantritt als Bürgermeister 1988 Weilands Notar.

„Dr. Weiland“, räumte Voscherau Anfang Januar gewunden ein, „hat die Beurkundungspflicht des Notars oftmals – häufig auch bei Kaufverträgen – in Anspruch genommen, auch im Hinblick auf Stahlfirmen.“ Etwa 1984, als Weiland für die SPD-regierte Stadt in die Hamburger Stahlwerke einstieg, Voscherau war damals SPD-Fraktionsvorsitzender.

„Mit Filz“, so der Bürgermeister, habe „das Ganze“ dennoch „nichts zu tun“. Er schäme sich seiner „honorifique Tätigkeit“ als Notar nicht.

Ähnlich positiv sieht auch Weiland sein Wirken: Grundlage für seinen Einsatz bei den Hamburger Stahlwerken sei allein die „moralische Verpflichtung“ gewesen, Arbeitsplätze zu retten, sagt er.

Und weil Wohltäter in dieser schwierigen Zeit bekanntlich überall gebraucht werden, ist Genosse Gerd Gustav schon wieder im Einsatz. Er habe, begründete er sein Fehlen bei der Bürgerschaftsdebatte in der vergangenen Woche, „eine neue, große Aufgabe in meinem Spezialgebiet, der Sicherung von Arbeitsplätzen, übernommen“. □

Behinderte

Schrei nach Liebe

Eine Rollstuhlfahrerin aus Halle erfand einen Skinhead-Überfall – wahrscheinlich aus seelischer Not.

Als Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) auf seinem Neujahrsempfang den „schrecklichen Fall aus Halle“ ansprach, herrschte unter den Gästen plötzlich betretenes Schweigen.

Ein 17 Jahre altes behindertes Mädchen sei, so Bergner, in seiner Heimatstadt Halle einem grausamen Überfall von Skinheads zum Opfer gefallen. Am helllichten Tag hätten die Rechtsradikalen ihr in der Südstadt ein Hakenkreuz in die Wange geritzt.

Das Bild von der Wunde ging um die Welt als ein besonders infames Beispiel rechten Terrors in Deutschland. Politiker entrüsteten sich, über 10 000 Menschen demonstrierten am Donnerstag

voriger Woche in Halle gegen den scheußlichen Anschlag.

Rund hundert Polizisten waren im Einsatz, verteilten Fahndungsplakate und brachten die Täterbeschreibung mit Lautsprecherwagen unters Volk. Bundesweit fahndeten Beamte nach den rechtsextremen Brutalos.

Doch die Täter, zwei Skins und ein blondes Mädchen, wurden nicht gefunden – weil es sie nicht gibt. Elke J., Tochter aus gutem Hallenser Hause, hat sich am Montag vergangener Woche wohl selbst in die linke Wange geschnitten. Daran hat der sachsen-anhaltinische Generalstaatsanwalt Jürgen Hoßfeld „keinen Zweifel“ mehr.

Fünf Tage lang hatte eine 18 Beamte starke Sonderkommission der Hallenser Kripo nach den Tätern gesucht. Die Fahnder glaubten zunächst an die Darstellung des Mädchens. Die Ermittlungen, lobte Hoßfeld die Beamten, seien „mit äußerster Beschleunigung und Sorgfalt“ geführt worden.

Doch die Fahnder dachten wohl erst Mitte voriger Woche an das Udenkbare. Wichtige Zeugen wurden am Donnerstag vernommen, beispielsweise Anwohner des Tatortes, eines Ärztehauses, oder dort arbeitende Menschen. Auch zwei Schülerinnen, die Elke J. kurz nach dem Vorfall auf dem Weg zurück in ihr Gymnasium gegen 13 Uhr getroffen hatten, gaben ihre Aussagen erst am Donnerstag zu Protokoll.

Manchem Kriminalisten kam es schon früh merkwürdig vor, daß sich das Opfer so genau an die Täter erinnern konnte. Selbst dreckige Fingernägel wollte das Mädchen mitten im Gerangel bei einem Täter gesehen haben.

Als sich dann trotz der detaillierten Phantombilder niemand meldete, der die Täter kennen wollte, wuchsen die Zweifel bei den Beamten. Das Gutachten eines Gerichtsmediziners, der am Freitag per Hubschrauber eingeflogen wurde, ergab schließlich, daß das Hakenkreuz aus über 30 Einzelverletzungen besteht: ein klares Indiz, daß sich das Mädchen selbst verstümmelt hat.

Warum Elke J. die Republik in Aufruhr versetzte, wissen die Ermittler nicht. Die Beamten konnten sie mit ihrem Verdacht nicht einmal konfrontieren: Am Freitag hielt sich die Familie versteckt, selbst enge Bekannte wußten nichts über den Aufenthaltsort.

Schon Mitte der Woche war Elke nebst ihrer jüngeren Schwester und ihren Eltern zur Großmutter geflüchtet. Vater und Mutter hatten die Tochter gleich nach dem angeblichen Gewaltakt sorgfältig von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Fotos, die Elkes Verletzung zeigen, konnten nur durch Zufall aufgenommen werden: Die Mutter telefonierte gerade, die kleine Schwester öffnete die Tür. Elke ließ sich bereitwillig ablichten.

Hoßfeld sieht psychische Gründe für Elkes Lügengeschichte. Das Vorgaukeln der Tat hat womöglich dieselben Ursachen wie die Krankheit, die das Mädchen an den Rollstuhl fesselt. Elke J. leidet nach Angaben von Ärzten seit zwei Jahren an einer psychosomatischen Lähmung. Diese Krankheit, im vergangenen Jahrhundert häufiger anzutreffen und „hysterische Lähmung“ genannt, tritt gelegentlich bei Mädchen in der Pubertät auf – durch ein Schockerlebnis etwa. Auch Elke befahl sie von einem Tag zum anderen.

Ärzte und Psychologen glauben, Elke versuche verzweifelt, Aufmerksamkeit und Zuneigung zu gewinnen. Die Wunde, die sie sich selbst beibrachte, sei, ähnlich wie mancher Selbstmordversuch, in Wahrheit ein Schrei nach Liebe.

Die Geschichte von Elke J. hat sich so ähnlich vor einem Jahr schon einmal in Bautzen zugetragen. Dort hatte sich ein 14jähriges Mädchen mit einem spiegelverkehrten Hakenkreuz auf der Wange bei der Polizei gemeldet. Skinheads, so sagte sie, hätten sie überfallen. Im Verhör gab sie zu, sich die Wunden selbst beigebracht zu haben. Sie wollte einmal im Mittelpunkt stehen.

Daß Elke alle an der Nase herumgeführt hat, wollten Mitschülerinnen zunächst nicht glauben. „Warum sollte sie



Angebliches Skin-Opfer Elke
Offenes Wesen

das tun? Sie hat das nicht nötig“, meinte eine Klassenkameradin. Auf dem Gymnasium, dem einzigen mit einem Fahrstuhl und einer Behindertentoilette in Halle, war Elke erst seit September Schülerin. Sie habe sich gut eingelebt, sei freundlich und habe ein offenes Wesen, berichtete Direktor Manfred Prouza.

Generalstaatsanwalt Hoßfeld schwante am Freitag vergangener Woche, ihr Fall könne den guten Willen all jener Bürger lähmen, die sich für das Mädchen einsetzen. „Gegen wachsende Gewalt zu protestieren“, sagte der Fahnder, könne trotz allem „nicht falsch sein“.

Der psychische Zustand von Elke J. hat sich seit dem Vorfall verschlechtert. Offenbar drückt sie das Gewissen. Zudem muß sie nun mit einer Anzeige wegen Vortäuschung einer Straftat rechnen. Vor allem aber, sagt Hoßfeld, „braucht das Mädchen ärztliche Hilfe“. □

* Am Dienstag vergangener Woche.



Hallenser Polizeiführer, Steckbrief*: Das Udenkbare gedacht